

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute

Die G20 und globale Ungleichgewichte: Steter Tropfen höhlt den Stein

Von Dr. Ulrich Volz,
*Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)*

Die aktuelle Kolumne

vom 18.04.2011

Die G20 und Globale Ungleichgewichte: Steter Tropfen höhlt den Stein

Bonn, 18.04.2011. Letztes Jahr beschrieb Martin Wolf in der *Financial Times* das Problem der globalen Ungleichgewichte in Anlehnung an Äsops berühmte Fabel mit der Ameise und der Heuschrecke. In Überschussländern wie China, Deutschland und Japan leben die fleißigen Ameisen, die Güter produzieren und exportieren, während Defizitländer wie die USA, Großbritannien, Spanien und Griechenland den Heuschrecken gleich mehr konsumieren und sich ihre Importe von den Ameisen auf Kredit finanzieren lassen. Wie auch in Äsops Fabel konnte das sorglose Verhalten der Heuschrecken in der realen Welt nicht auf Dauer gut gehen, so dass sich die Defizitländer nun in Folge der globalen Finanzkrise gezwungen sehen, ihre Schulden und Außenhandelsdefizite abzubauen. Das erfordert aber auch Anpassungen von den Ameisen, also den Überschussländern, die ihre Exportabhängigkeit reduzieren und heimische Nachfrage ankurbeln müssen. Leider besteht zwischen Heuschrecken und Ameisen keine Einigkeit wie die notwendige Anpassung der Weltwirtschaft erfolgen soll.

Da eine Reduzierung der globalen makroökonomischen Ungleichgewichte eine wichtige Voraussetzung für ein ausgewogenes und nachhaltiges Wachstum der Weltwirtschaft ist, hat sich die Gruppe der zwanzig führenden Wirtschaftsmächte (G20) dieses Problems angenommen. Wie allerdings nicht anders zu erwarten war, gestalten sich die Verhandlungen der Vertreter der wichtigsten Ameisen- und Heuschreckenvölker im Rahmen der G20 schwierig.

Auch auf ihrem jüngsten Treffen letzten Freitag in Washington beschäftigten sich die G20 Finanzminister und Notenbankgouverneure mit dem Problem der globalen Ungleichgewichte. Noch kurz zuvor, in dem am letzten Montag veröffentlichten *World Economic Outlook*, konstatierte der Internationale Währungsfonds (IWF), dass die globalen

Ungleichgewichte kaum abgenommen haben. So haben sich z. B. die Leistungsbilanzüberschüsse bzw. -defizite Chinas und der USA seit dem G20-Gipfel in Pittsburgh im September 2009 nur geringfügig verringert. In Pittsburgh hatten die G20 einen *Mutual Assessment Process* (MAP) ins Leben gerufen. Im Rahmen dessen soll der IWF untersuchen, inwiefern die verschiedenen nationalen und regionalen Wirtschaftspolitiken kohärent sind und mit dem gemeinschaftlichen Ziel der G20, einer nachhaltig wachsenden Weltwirtschaft, übereinstimmen.

Bisher kamen die Verhandlungen zum MAP nur schleppend voran. Ein erster Fortschritt wurde beim Treffen der G20 Finanzminister und Notenbankgouverneure im Februar 2011 in Paris gemacht, als ein Katalog von Indikatoren vereinbart wurde, der helfen soll volkswirtschaftliche Ungleichgewichte zu identifizieren und anzugehen. Unter den Indikatoren finden sich neben öffentlicher und privater Verschuldung, der Fiskalposition und der Sparquote auch die Handelsbilanz unter Berücksichtigung der Wechselkurs-, Fiskal- und Geldpolitik wieder.

Am Freitag einigten sich die G20 Finanzminister und Notenbankgouverneure nun auf ein Verfahren, auf dessen Basis die makroökonomischen Entwicklungen und Politiken einzelner G20-Länder untersucht werden sollen. Hierbei soll der IWF die verschiedenen Indikatoren wie Haushalts-, Schuldenlage und Außenhandelsposition nach „indikativen Richtwerten“ beurteilen. Die Indikatoren sollen nach verschiedenen Methoden bewertet werden, die sowohl die historische Entwicklung der Indikatoren, den Entwicklungsstand des Landes als auch die Vergleichswerte der anderen G20-Länder berücksichtigen. Länderspezifische Faktoren, wie z. B. die demografische Entwicklung des Landes oder die Rolle als Ölexporteur, sollen ebenfalls berücksichtigt werden. Zwar

werden die Richtwerte explizit nicht als Zielgrößen bezeichnet, aber so sollen bei Ländern mit größeren Abweichungen in einem zweiten Schritt die Ursachen der Ungleichgewichte in einer „unabhängigen Analyse des IWF“ gründlich untersucht werden. Dabei sollen, so wurde im G20-Kommuniqué von Freitag vereinbart, auch die Geld- und Währungspolitik zur Sprache kommen, dem Politikfeld in dem die größten Differenzen innerhalb der G20 bestehen.

Der IWF wird zunächst die Ungleichgewichte von sieben G20-Mitgliedern – China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Japan und den USA – untersuchen. Die G20 Finanzminister und Notenbankgouverneure werden die Ergebnisse der Untersuchungen voraussichtlich auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank im September 2011 diskutieren, bevor sie in den Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Cannes am 3. und 4. November 2011 einfließen werden. Auch wenn die aus diesem Prozess resultierenden Handlungsempfehlungen des IWF nicht verbindlich sind und es den jeweiligen Ländern frei steht, diese zu akzeptieren oder auch nicht, können die Ergebnisse der IWF-Untersuchungen dazu beitragen, die Diskussion um globale Ungleichgewichte zu depoliti-

sieren und durch eine sachliche Diskussion zumindest eine graduelle Annäherung der unterschiedlichen Positionen der G20-Länder zu ermöglichen.

Es wäre illusorisch zu erwarten, dass der G20-Prozess zu drastischen Änderungen der nationalen Wirtschaftspolitiken führt. Länder werden ihre Politiken nur ändern, wenn sie darin eigene Vorteile sehen. China hat z. B. auch bei diesem Gipfel eindeutig klar gestellt, dass es seine Wechselkurspolitik nicht auf Druck der G20 ändern wird. Eine Neuauflage des New Yorker Plaza-Abkommens von 1985, bei dem die damaligen G5 (Frankreich, Großbritannien, Japan, die USA und die Bundesrepublik Deutschland) eine Aufwertung des japanischen Yen und der Deutschen Mark gegenüber dem Dollar beschlossen, wird es nicht geben.

Weder Ameisen noch Heuschrecken werden sich von Grund auf verändern. Aber statt es nur bei gegenseitigen Schuldzuweisungen zu belassen, bietet der nun beschlossene G20-Prozess die Möglichkeit, die Differenzen konstruktiv anzugehen und gemeinsam zu versuchen, die Weltwirtschaft auf ein stabileres Fundament zu stellen als dies gegenwärtig der Fall ist. Und das ist im gemeinsamen Interesse von Ameisen und Heuschrecken.